

Pressemitteilung

vom 30. November 2020

**Geschäftsstelle des
Sachverständigenrats für
Verbraucherfragen**

ANSPRECHPARTNERIN	Barbara Leier, LL.M. (Duke Univ.)
HAUSANSCHRIFT	Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT	11015 Berlin
TEL	+49 (30) 18 580 – 95 55
FAX	+49 (30) 18 580 – 95 25
E-MAIL	leier-ba@bmjv.bund.de

Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit

Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (SVRV) übergibt Policy Brief zum Onlinehandel im Spannungsfeld von Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit an BMJV

Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher interessieren sich für die Bedingungen, unter denen Konsumgüter entstehen. Nicht nur ein möglichst ungestörter Konsum, sondern auch das Wissen, dass bei der Produktion Menschenrechts- und Umweltstandards gewahrt werden, sind für viele Verbraucher wichtig. Doch welche Regelungen existieren hierzu aktuell entlang der Lieferketten? Und welche Möglichkeiten gibt es für eine nachhaltige Entwicklung des Konsums, insbesondere im Onlinehandel? Diesen Fragen widmet sich der SVRV in seinem gerade veröffentlichten Policy Brief mit dem Titel „Onlinehandel im Spannungsfeld von Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit“.

Staatssekretär Prof. Kastrop erklärt hierzu:

*„Nachhaltigkeit ist Leitprinzip allen Regierungshandelns und Verbraucherschutz ist Namensbestandteil und Auftrag des BMJV. Der SVRV schafft mit seinem Policy Brief eine wichtige Grundlage für die Diskussion möglicher Wege hin zu einem nachhaltigen Verbraucherrecht im Onlinehandel. Gerade im Zuge der Covid-19-Pandemie, in der viele Verbraucher*innen den Onlinehandel stark nutzen, ist dies ein wichtiger Beitrag – auf den die Bundesregierung in aktuellen Projekten wie dem Consumer Day und dem Digital-Gipfel aufbaut.“*

Die 2015 von den Vereinten Nationen einvernehmlich verabschiedeten 17 Globalen Nachhaltigkeitsziele enthalten den Auftrag, alle Lebensbereiche auf den Prüfstand der Nachhaltigkeit zu stellen. Die Europäische Kommission hat sich unter ihrer Präsidentin von der Leyen dem ‚Green Deal‘ verschrieben, dem Umbau und der Umorientierung der gesamten Wirtschaft auf Nachhaltigkeit. Die deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 hat den Klimawandel und die Nachhaltigkeit zu einem zentralen Thema erklärt. Vor diesem Hintergrund müssen sich auch die Verbraucherpolitik und das Verbraucherrecht der Frage stellen, wie ein nachhaltiges Verbraucherrecht aussehen könnte und sollte.

Eine holistische Betrachtung aller Regelungen entlang der Produktzyklen von der Gewinnung der Rohstoffe bis zur erhofften Wiederverwertung einer Ware zeigt, dass die derzeit nicht im Mittelpunkt des Verbraucherrechts stehenden Phasen weit vor und nach Vertragsschluss vielgestaltigen nationalen, internationalen und EU-rechtlichen Anforderungen unterliegen. Für den Verbraucher ist es allerdings nahezu ausgeschlossen, sich hierüber einen Überblick zu verschaffen und herauszufinden, unter welchen Bedingungen die im Onlinehandel gekauften Produkte hergestellt und transportiert werden. Dasselbe gilt für die Frage, ob und in welcher Form Waren in den Produktkreislauf zurückgeführt werden (können). Der SVRV stellt die Verantwortlichkeiten für eine Ausrichtung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auf einen nachhaltigen Konsum in das Zentrum seiner Überlegungen. Verbraucherrecht statuiert klassischer Weise vor allem Rechte, die die Verbraucherinnen und Verbraucher gegen missbräuchliche Unternehmenspraktiken schützen sollen. Verbraucherverantwortlichkeiten kommen in dieser bilateralen Ausgestaltung des Rechts praktisch nicht vor.

„Sollen die ehrgeizigen Ziele der Agenda 2030 realisiert werden, braucht es eine Verantwortungsübernahme der Wirtschaft, der Politik, aber auch der Verbraucher selbst. Gäbe es nur nachhaltig produzierte Produkte, sähen unsere Wirtschaftsordnung und unsere Rechtsordnung und damit auch die Verteilung der Verantwortlichkeiten anders aus.“

stellt Prof. Hans-Wolfgang Micklitz, Mitglied im SVRV und federführender Autor des Policy Briefs, fest.

Der SVRV diskutiert zudem zahlreiche Lösungsansätze sowohl innerhalb des bestehenden Verbrauchervertragsrechts, wie beispielsweise eine Pflicht des Verbrauchers zur Kostentragung von Retouren, als auch weit darüberhinausgehende rechtliche und technische Ansätze, z. B. Nachhaltigkeitsfilter und die Besteuerung von Primärrohstoffen.

„Notwendig und erforderlich ist eine breite und offene gesellschaftspolitische Diskussion aus der eine wachsende Veränderungsbereitschaft resultiert. Diese Diskussion muss gerade in den Parlamenten und in der Gesellschaft geführt werden, national wie innerhalb der Organe der EU.“

Die Transformation der Wirtschaft im Hinblick auf einen nachhaltigen Konsum und eine nachhaltige Produktion bleibt eine gesellschaftliche und politische Herausforderung, die Initiativen auf vielen Ebenen benötigt. Und auch wenn die EU hier maßgebliche Impulse setzen kann, sollten weitere Maßnahmen, auch und gerade durch die Bundesrepublik Deutschland ergriffen werden.

Unter dem Titel „Verbraucherpolitik im Dienst der SDGs der Agenda 2030“ wird sich morgen, am 1. Dezember 2020 der im Rahmen der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft organisierte **Consumer Day** mit diesem wichtigen Thema beschäftigen. Für den SVRV wird Prof. Micklitz dort einen Expertenbeitrag zum Workshop „Nachhaltige und faire Plattformökonomie“ leisten. Zudem nimmt auch der heute und morgen stattfindenden **Digitalisierungs-Gipfel** die Chancen der Digitalisierung für die Nachhaltigkeit in den Blick.

Der Policy Brief „Onlinehandel im Spannungsfeld von Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit“ ist auf Deutsch und Englisch abrufbar auf der Internetseite des SVRV <http://www.svr-verbraucherfragen.de/veroeffentlichungen/>.